

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 75 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 - Telephon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

18. Jahrgang

Freitag, 4. März 1938

Nr. 53

## Krestinski will nicht sterben

Die Geständnisse erpreßt  
Immer tollere Beschuldigungen in Moskau

Die Fortsetzung der Anklageschrift — den Anfang gaben wir gestern wieder — ist ebenfalls in höchstem Maße phantastisch und atmet Wort für Wort den Geist der Lüge. Die Negie dieses Prozesses knappte insofern nicht ganz, als der Angeklagte Krestinski, als er aufgefordert wurde, anzugeben, d. h. die Anklage zu bestätigen, mit erregter Stimme erklärte: „Ich bin ein Trotzkist! Ich bin kein Trotzkist!“ Fluggriff der Staatsanwalt Wjshinski ein, indem er die anderen, verlässlicheren Angeklagten zu Hilfe rief, die ihm wunschgemäß bestätigten, daß Krestinski doch ein „Trotzkist“ sei. Wjshinski zeigte einen Brief, den Krestinski nach 1927 an Trozki gerichtet haben soll, las diesen Brief jedoch nicht vor. Als Krestinski sagte, daß noch ein anderer ihn eindeutig entlassender Brief vorhanden sein müsse, den die GPU bei der Durchsuchung seiner Wohnung doch gefunden haben müsse, meinte Wjshinski, daß dieser zweite Brief keine Rolle spiele. Der „objektive“ Vorsitzende des Prozesses, N. I. Krasch, der sich schon einige Male „bewährt“ hat, machte nicht den geringsten Versuch, jenen entlassenden zweiten Brief herbeischaffen zu lassen. Als Wjshinski darauf verwies, daß Krestinski in der Voruntersuchung gestanden habe, sagte dieser, daß er dieses Geständnis widerrief, da es unter Druck abgefaßt wurde. Ueber diese Negierung durch Krestinski war die Proseführung so aufgebrannt, daß die Verhandlung unterbrochen wurde. Nun wird man versuchen, auch Krestinski entsprechend zu präparieren.

### Was den Schöpfern der SU vorgeworfen wird

Die Anklageschrift führt weiter aus, daß Krestinski, der frühere Vorsitzende des Rates der Volkskommissare und Bucharin für die Wirtschaft der Sowjetunion, an die falschlichen Verbindungen der Verschwörer eingetreten seien. Bucharin habe im Falle eines Krieges mit Deutschland den Deutschen „die russische Front öffnen“ wollen. Die Verschwörer hätten die Absicht gehabt, während eines Krieges die russischen Künstabetriebe zu sprengen. Die Anklage weist ferner auf, daß die Verschwörer Katastrophen militärischer Eisenbahnlinie vorbereitet haben und die Verbleibung des Landes lahmlegen wollten. Das sagt man, woliagemerkt, den Krestinski, der die Sowjetunion nach! Immer wieder beruft sich die Anklage darauf, daß angebliche Aufträge von Trozki vorliegen. Wiederum waren nach der Anklage terroristische Akte, und zwar offenbar durch Krestinski, angeblich an der Krim, aber es wurde, merkwürdigerweise, bei einer so „neuwissenschaftlichen“ Vorbereitung, kein einziger ausgeführt. Dem Krestinski ist die Anklageschrift nach, er habe die Krim-Wörter der Krim, und das ist zu glauben, denn Krestinski wurde zweifellos auf das Gebot der Stalinleute ermordet und Nagoda ließ auftragsgemäß mehr als hundert Unschuldige hinrichten. Da Krestinski, der Krim, in Rußland sehr beliebt war, will man die Volkseinnahme gegen die Angeklagten einnehmen, indem man behauptet, Krestinski sei von ihnen, weil er Anhänger Stalins war, vergiftet worden. Na, man behauptet sogar, Bucharin und Trozki hätten schon im Jahre 1919 ein Attentat auf Lenin geplant gehabt. Dabei hat Trozki, was historisch unbestreit-

bar ist, gemeinsam mit Lenin die Rote Armee geschaffen und es ist ebenso unbestreitbar, daß er hunderte Male Gelegenheit gehabt hätte, Lenin zu ermorden. In Wirklichkeit war Trozki Lenins ergebenster Mitarbeiter.

Und Krestinski war Lenins Stellvertreter und Nachfolger im Rate der Volkskommissare.

Einer der Angeklagten, nämlich Tschernow, hat angegeben, daß der russische Sozialdemokrat Theodor Dan mit dem deutschen Planangehörer in Verbindung stehe. Diese Behauptung ist so absurd, daß sie allein genügt, die ganze Anklageschrift und sämtliche Geständnisse zusammenbrechen zu lassen.

### Ein trauriges Geschäft

Ein trauriges Geschäft müssen die Redakteure der hiesigen kommunistischen Presse verrichten: sie müssen nämlich auftragsgemäß die Männer bespucken, die jetzt in Ungnade gefallen sind. Denselben Leuten, vor denen sie einst auf dem Baude lagen, müssen sie nachsagen, daß sie schon immer Späher, Verbrecher, Mörder und was sonst noch

## Ein Freispruch Trozki

Im März 1937 konstituierte sich in Amerika eine Kommission zur Untersuchung der gegen Leo Trozki in den Moskauer Prozessen erhobenen Anklagen. Diese Kommission hat sich auf Grund aller erreichbaren Beweise in objektiver Weise bemüht, die Wahrheit zu finden und sie hat auch die Sowjetbehörden zur Mitarbeit eingeladen. Die Sowjetbehörden, die hier eine glänzende Gelegenheit gehabt hätten, Trozki moralisch zu erledigen — sofern sie eben über Beweismaterial für die gegen ihn erhobenen Anklagen verfügen —, haben die Teilnahme an der Untersuchung abgelehnt und die kommunistischen Zeitungen haben für die Arbeit der Kommission nur Spott und Schimpfereien übrig gelassen, obwohl sie sonst Gegenprozesse immer unterstüßten und sich also nicht darauf berufen können, daß solche private Prozesse fälschlich zur Findung der Wahrheit etwas Angehörliches sind. Nach langen Verhandlungen, in denen auch das politische und literarische Lebenswerk Trozki geprüft wurde, hat die Kommission der nicht ein einziger sogenannter Trozki angehörte, am 20. September 1937 ein Urteil gefällt, dessen wesentliche Stellen lauten:

Die Kommission findet, daß die Art und Weise der Durchführung der Moskauer Prozesse jede unvoreingenommene Person überzeugt, daß keine Anstrengung gemacht wurde, die Wahrheit zu ergründen.

Während Geständnisse notwendig zu ernsthaften Betrachtungen berechtigen, enthalten diese Geständnisse ihrerseits solche Unwahrscheinlichkeiten, die die Kommission überzeugen, daß sie nicht der Wahrheit entsprechen, ganz unabhängig von den zu ihrer Erzeugung angewandten Mitteln...

Wir sind überzeugt, daß die behaupteten Briefe, in denen Trozki behauptete, verschwörerische Anweisungen an die verschiedenen Angeklagten der Moskauer Prozesse sandte, nicht existieren, und daß die sie betreffenden Aussagen reine Erfindungen sind.

Wir finden, daß Trozki während seiner ganzen politischen Tätigkeit ein entschiedener Gegner des individuellen Terrors war. Die Kommission findet ferner, daß Trozki nie irgendwelche der Angeklagten oder Zeugen der Moskauer Prozesse aufforderte, irgendwelche politische Gegner zu ermorden.

Wir finden, daß Trozki niemals die Angeklagten oder Zeugen der Moskauer Prozesse aufforderte, sich mit Sabotage, Verstärkung und Divergenz abzugeben. Im Gegenteil, er war immer ein entschiedener Verteidiger des Aufbaus der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft in der Sowjetunion und er kritisierte die gegenwärtige Regierung unter dem Gesichtspunkt, daß ihre Tätigkeit dem Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in Rußland schade. Er sieht in der Sabotage kein Mittel der Opposition gegenüber irgendeinem politischen Regime.

Wir finden, daß Trozki nie irgendwelche der Angeklagten oder Zeugen der Moskauer Prozesse aufforderte, mit fremden Mächten gegen die Sowjetunion in Verbindung zu treten. Im Gegenteil, er trat immer kompromittlos für die Verteidigung der UdSSR ein. Er war ebenfalls immer einer der hervorragendsten ideologischen Gegner des Faschismus, repräsentiert durch die ausländischen Mächte, mit denen sich verschworen zu haben, man ihn beschuldigt.

Von 1932 bis 1937 stieg die Stahlproduktion

in der Tschechoslowakei um 236 Prozent  
in Deutschland um 167 Prozent

Die Zahl der Radiohörer stieg seit 1932

in der Tschechoslowakei um 122 Prozent  
in Deutschland um 113 Prozent

gewesen sind. — Ein gewisser Jaroslawsky schreibt der „Roten Fahne“ aus Moskau einen Artikel, in dem er sich über die Angeklagten in einer Weise äußert, als wäre über sie das Urteil schon gesprochen. In diesem Artikel ist zu lesen, daß Bucharin schon immer gegen die kommunistische Partei gekämpft habe und Krestinski, dem Nachfolger Lenins, wird nachgesagt, daß er niemals an den Sieg der proletarischen Revolution geglaubt habe. Dem Nagoda wird vorgeworfen, daß er ein moralischer schlechter Typ ist und in höchstem Maße schamlos war.

Auf Grund aller Beweise finden wir, daß Trozki niemals die Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion empfahl, sie plante oder versuchte. Im Gegenteil, er war immer bedingungsloser Gegner der Wiederherstellung des Kapitalismus in der UdSSR und seiner Existenz in der übrigen Welt.

Wir finden, daß der Staatsanwalt Trozki Rolle vor, während und nach der Oktoberrevolution phantastisch fälschte.

### Schlussfolgerung

Die Moskauer Prozesse sind Fälschungen.  
Trozki und Sedow sind nicht schuldig.

Unterzeichnet: John Dewey, Vorsitzender, Benjamin Stolberg, Wendelin Thomas, Alfred Rosmer, John R. Chamberlain, Carlo Tresca, E. A. Ross, Otto Kühle, F. J. Amora, Suzanne La Follette, Sekretärin.

Die Kommission verkündete dieses Urteil am 12. Dezember 1937 in einer Massenversammlung im Hotel Center, New York. Der Kommissionsbericht, ein 80.000 Worte umfassendes Dokument, wird bald als Buch erscheinen.

**Bemerkungen der Redaktion:** Wir geben dieses Urteil in lokaler Weise wieder, auch auf die „Gefahr“ hin, daß uns die „Rote Fahne“ wieder als „Trotzkisten“ beschimpft. Was in Moskau geschieht, wird im Namen des Sozialismus unternommen, es geht also um alle an. Diese Schandung der sozialistischen Idee weisen wir mit der größten Entschiedenheit und Leidenschaft zurück. Wir verlieren das Recht, an der faschistischen Morbjustiz Kritik zu üben, würden wir die Ungehörlichkeiten der Moskauer Prozesse widerspruchslos zur Kenntnis nehmen, statt der Wahrheit gemäß zu sagen, daß diese Prozesse vom Anfang bis zum Ende abscheuliche Justizverbrechen sind.

## Bomben auf Almeria Elf tote Kinder

Barcelona. (Havas.) Amlich wird mitgeteilt: Drei Wasserflugzeuge der Aufständischen bombardierten Mittwoch nachmittags Almeria, 18 Personen wurden hierbei getötet, darunter elf Kinder, und sieben Personen wurden verletzt. — Weiters wird mitgeteilt, daß republikanische Flugzeuge einen Angriff auf die aufständischen Kriegsschiffe unternommen haben, welche am 22. Februar die Stadt Sagunto bombardierten. Bei diesem Angriff wurden an Bord des Kriegsschiffes „Almirante Cervera“ zwölf Personen getötet und 20 verletzt. Außerdem wurde das Kriegsschiff stark beschädigt.

Bilbao. (Havas.) In der Zeit vom 20. Juni bis 11. Dezember v. J. haben die Gerichte von Vizcaya und Montana 2119 Todesurteile gefällt. 7723 Personen wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt und 5790 Personen freigesprochen.

## Aus dem Inhalt:

Heute Regierungserklärung

Hlinka verschleppt  
die Verhandlungen

Vor der Abweisung  
der SdP-Beschwerde  
wegen Teplitz

Probesendungen aus Melnik

## Oesterreichs Arbeiter

In den Kampf um Oesterreich, in die Ereignisse nach der Zusammenkunft von Bucheckin und nach der Rede Hillers, hatten die Arbeiter sehr entschieden eingegriffen. Das war wirklich etwas Großes, auch wenn die offizielle Geschichtsschreibung es nicht hervorhebt oder es überhaupt nicht wahr haben will: daß die prächtige Reserve des österreichischen Freiheits- und Unabhängigkeitsstrebens, die Arbeiterklasse, so klar, so zielbewußt, so unerfunden in den Kampf eingegriffen hat. Das war der Beweis, daß ihre Kraft nicht gebrochen ist und dort, wo sie gelähmt war, in hohem Maße erneuert ist. Eine unangenehme Ueberraschung für alle, die grobversteht der Welt einzureden versucht hatten, in Oesterreich gebe es außer einigen Vaterländern nur noch Halentreuher. Nun, die Aktivität der Arbeiter hat bewiesen, daß der Nationalsozialismus die Arbeiter weder betäubt, noch gar für sich gewonnen hat. Er kann mit den Arbeitern nicht rechnen!

Schon am Tage nach der Rede Hillers tagten in den Wiener Arbeiterbezirken Konferenzen der von den Arbeitern gewählten Betriebsvertrauensmänner, Abordnungen, die von diesen Konferenzen gewählt worden waren, begaben sich in den offiziellen „Gewerkschaftsbund“ und verlangten, daß die Stimmung der Arbeiterschaft in einer Resolution zum Ausdruck komme, deren Entwurf sie vorlegten. In diesem Resolutionsentwurf wurde klar ausgesprochen, daß die Arbeiterschaft die Unabhängigkeit Oesterreichs verteidigen wolle, daß aber nur dann die Einsetzung ihrer vollen Kampfkraft möglich sei, wenn den Arbeitern endlich die ihnen bisher verweigerten Freiheitsrechte wiedergegeben werden. — Darauf berief Stand, der Präsident des offiziellen „Gewerkschaftsbundes“, eine Sitzung der Obmänner der offiziellen Gewerkschaften (der von der Regierung vorgeschriebenen „Gewerkschaften“) ein. Diese Konferenz änderte die von den gewählten Vertrauensmännern der Betriebe vorgelegte Resolution ab und nahm in sie einen Schlusssatz auf, der Schlußnigg die Gefolgschaft der Arbeiter im Kampfe für ein „deutsches, christliches und berufständisches Oesterreich“ versicherte.

Die Resolution wurde den Betrieben übermittelte; die Arbeiter sollten sie unterschreiben. Sie stieg selbstverständlich auf starke Widerstände. Eine Konferenz der gewählten Wiener Vertrauensmänner der Metallarbeiter beschloß, das Wort „christlich“ zu streichen und durch das Wort „sozial“ zu ersetzen. Eine Konferenz der Bauarbeiter beschloß, die Worte „deutsch“ und „christlich“ zu streichen. Troz diesen Änderungen sagte die Resolution den Arbeitern nicht zu, weil sie die Freiheitsforderungen der Arbeiter nicht enthielt. In vielen Betrieben lehnten es die Arbeiter überhaupt ab, die Resolution zu unterschreiben, in anderen unterschrieb nur ein Teil der Arbeiter. Die Arbeiter erklärten überall: Wir sind bereit, gegen die Nazi zu kämpfen, aber wir kämpfen nicht für Schlußnigg und wir unterstützen nicht eine hierale Diktatur, die uns die Freiheitsrechte verweigert.

Die Unterschriftenaktion brachte Schlußnigg in Verlegenheit, weshalb er die Einstellung der Unterschriftenaktion anordnete. Aber die Aktion hatte den Arbeitern Gelegenheit gegeben, sich zu rühren, sich bemerkbar zu machen. — Die gleiche Stimmung, die sich bei der Unterschriftenaktion gezeigt hatte, offenbarte sich auch nach der Rede Schlußnigg am 24. Februar. In vielen Betrieben wurden die Arbeiter durch Anordnungen der Betriebsleitung und der „Vaterländischen Front“ gezwungen, zu den Kundgebungen

## Botschafter Henderson bei Hitler

London. Wie der Berliner Berichterstatter des Reuters-Büros erzählt, hat Reichskanzler Hitler am Donnerstag den britischen Botschafter Henderson empfangen, mit dem er eine allgemeine Aussprache über die Interessen der beiden Länder hatte.

In London war es bisher nicht möglich, genauere Informationen über die Einzelheiten und den Umfang der Unterredung zu erlangen. Es läßt sich jedoch angenommen werden, daß unter den beiden Großmächte interessierenden Angelegenheiten, sich Fragen, wie z. B. die deutschen Kolonialforderungen, Spanien, Oesterreich, Mittel- und Ost-Europa und die Frage der allgemeinen Beruhigung befinden; jedoch wurde durch nichts angedeutet, bis zu welchem Maße über diese Fragen beraten werden konnte.

Der Dual-Vertrag wurde von der Fühlingnahme vorher in Kenntnis gesetzt. Ein paralleler französischer Schritt ist nicht geplant.

für Schussnigg zu marschieren. Aber die Arbeiter nicht dies aus, um für ihre Gefinnung zu demonstrieren. Sie riefen nicht „Heil Schussnigg!“, sondern immer wieder nur „Freiheit!“ In den Arbeiterbezirken konnte man ganze geschlossene Rüge von Jugendlichen sehen, die, zugleich die Häute erhebend, immer wieder im Sprechchor riefen: „Wir wollen Freiheit!“

Die Arbeiter haben bewiesen, daß sie zu kämpfen bereit sind, wenn das Ziel des Einsatzes aller Kräfte wert ist. Ihre Haltung hat klar gezeigt, daß eine wirkliche Volksbewegung gegen die Nazi nur dann organisiert werden kann, wenn die elementaren Forderungen der Arbeitermassen nach Freiheitsrechten und nach Selbstbestimmung in den Arbeiterorganisationen erfüllt werden.

Das ist in Wahrheit die Schicksalsfrage

Oesterreichs, ob den Arbeitern, von denen doch heute auch jener Teil der Regierung, der Oesterreichs Unabhängigkeit wirklich will, die Teilnahme am Kampf für diese Unabhängigkeit erhofft, das Mindestmaß von Freiheit gegeben wird, das unerlässliche Voraussetzung ihrer Aktivität für den Staat ist. Vermag sich, auch wider bessere Erkenntnis, das Regime dazu nicht zu entschließen, — wird weiterhin zwar den Nazi, nicht aber auch den Sozialisten Bekenntnis zu ihrer Gefinnung und politische Bewegungsfreiheit gewährt, dann wird die Gleichschaltung Oesterreichs auch weiter fortgeschritten, und umso leichter, als das sozialistische Gegengewicht nicht geltend gemacht werden kann. Zwar ist es reichlich spät, doch noch nicht zu spät. Oesterreichs Unabhängigkeit kann erhalten werden. Aber nicht ohne die Arbeiter.

## Vor der Regierungserklärung

### Hlinka verschleppt die Verhandlungen

Beide Kammern der Nationalversammlung sahen am Donnerstag die Debatte über den Staatshaushaltsabschluss für 1938 fort. Das Hauptinteresse galt jedoch der für Freitag mitgeteilten Regierungserklärung sowie den Verhandlungen mit der slowakischen Volkspartei über deren eventuellen Regierungseintritt.

Nach der Regierungserklärung wird die Debatte in beiden Häusern auf nächsten Dienstag vertagt werden. Für die Aussprache über die Regierungserklärung sind die Tage vom Dienstag bis Donnerstag in Aussicht genommen; die Koalitionsparteien haben bereits ihre Sprecher angemeldet. Für die Agrarier wird Jug. Šilka sprechen, für die tschechischen Sozialdemokraten Šampal, für die Nationalsozialisten Dr. Štránský und für die Volkspartei Štafel. Die deutschen Sozialdemokraten haben den Abgeordneten de Witte als Sprecher nominiert.

Die slowakische Volkspartei hielt Freitag nachmittags längere Beratungen ab, um über die Frage eines eventuellen Regierungseintritts zu entscheiden. Am Abend wurde ein parteiamtliches Kommuniqué ausgegeben, daß die Partei auf der Grundlage, wie sie bei den informativen Besprechungen ihren Bevollmächtigten angedeutet wurde, über ihren Eintritt in die Regierung offiziell nicht verhandeln könne.

Dieses Kommuniqué wird allgemein dahin interpretiert, daß die Hlinka-Partei die Verhandlungen nicht abbrechen lassen will, sondern vom Ministerpräsidenten inoffiziell neue Vorschläge auf einer erweiterten Verhandlungsbasis einholen möchte. Offenbar möchte Hlinka aus weiteren Verhandlungen herausholen, was nur möglich ist.

Das „Právo Lidu“ berichtet, daß die Aufnahme der alten nationaldemokratischen Gruppe um Jezek in die Regierung mit der Frage der Regierungsbeteiligung der Slowaken eng verknüpft ist. Entweder würden beide Parteien in die Regierung aufgenommen werden oder keine. Ueber eine eventuelle Weiterführung der Verhandlungen mit Hlinka wurde in der Koalition noch kein Beschluß gefaßt.

Im Abgeordnetenhaus bemängelte Hirtz (SdP), daß die tschechische Bevölkerung wenig Verständnis für die Verschwendung des Wertenbeispruchs empfinde. Das führe zu einer beinahe schon unüberwindlichen Klust auf sozialem und

nationalem Gebiet. Seine Partei verlange Selbstverwaltung und Sicherung des nationalen Bestandes durch die von ihr eingebrachten Volksaufgebote. Dr. Novotný (Nat. Ver.) befaßt sich mit Ständesforderungen der Rechte und Vorkämpfer und kritisiert die angebliche administrative Hyperthropie des Reichs. Kremlen (Rep.) fordert angesichts der Bedrohung von außen in n e r e F e i g l e i t und lecht Eintritte von außen in unsere Verhältnisse ab. Die Minderheitenfragen seien bei uns nicht derart, daß man sie bei gutem Willen auf beiden Seiten nicht harmonisch regeln könnte. Die Angehörigen der Minderheiten müßten dessen eingedenk sein, daß jede Störung des guten Verhältnisses zu den Nachbarn a u d f ü r s i e s c h w e r e F o l g e n haben müßte. In der Innenpolitik wünsche die Agrarpartei eine Verständigung mit allen politischen Parteien, die durch ihr s a a t s b i l d e n d e s P r o g r a m m und durch ihre Arbeit an der Sicherung unseres Staates und seiner Demokratie mitarbeiten wollen.

Dr. Korlatz (Ung.) setzt sich für die Autonomie Karpathoruhlands wenigstens in dem Umfang ein, wie sie die Kroaten im alten Ungarn besessen hätten. Schließlich brachte der Kommunist Šlánský die Redingung des „L'Œuvre“ über angebliche Verhandlungen des deutschen Geländes zur Sprache, die eine Aenderung des Regierungskurses gegenüber der SdP bezwecken sollen.

### SdP-Senator wünscht ein zweites Berchtesgaden!

Im Senat konzentrierte sich Maigner (SdP) in einer vom Blatt abgelesenen Rede auf das Kapitel Staatsschuld und gab dann der Unzufriedenheit der SdP mit unserer Außenpolitik Ausdruck. Nach Gallias, Masfollini, Šojabrnobil und Šušchnigg sollte auch Dr. Krokta einmal nach Deutschland fahren. Klein (Rep.) gibt dem Wunsch Ausdruck, daß im Jubiläumsjahre wieder die Solidarität erneuert werden möge, wie sie nach dem Umsturz bestand; mit Rücksicht auf die ernststen Begebenheiten wäre sie dringend nötig. Weitere Redner waren Mikulic (Kom.) und Novot (Rep.), der ausreichende Maßnahmen gegen die Maul- und Klauenpest verlangte. Stellwag (SdP) forderte eine Agrarentscheidung:

Der Präsident der Republik empfing Donnerstag den Divisionsgeneral Jiki Hodeček, ferner den Fabrikanten Jan Baka, sodann den Bürgermeister der Stadt Franzensbad K. Kard Anders und schließlich Herrn André Corbeau aus Paris. Außerdem nahm der Präsident heute auf der Burg gemeinsam mit den Ministern für innere Angelegenheiten, Nationalverteidigung, Handel an Beratungen über Fragen der Zivil-luftabwehr und des Luftschutzes teil.

## Der 18. Feber bei Bahn und Post

### In der Slowakei und Karpathoruhland

Die Regierung geht nun daran, auch in der Slowakei und in Karpathoruhland im Bahn- und Postbetrieb jene Aenderungen durchzuführen, die den Wünschen und Bedürfnissen der Minderheit entsprochen. Diese Maßnahmen haben, wie eine Mitteilung des TschP. sagt, vor allem den Zweck, den Forderungen der ungarischen Bevölkerung in jenen Teilen der Slowakei und Karpathoruhlands entgegenzukommen, in welchen die u n g a r i s c h e M i n d e r h e i t der Bevölkerung eine kompakte und starke Siedlung bildet.

Nach den Beschlüssen der Regierung wird die Aenderung der bisherigen Praxis auf den Bahnen und auf der Post derart durchgeführt werden, daß auf den Amtsgebäuden der Eisenbahnstationen und der Post zweisprachige slowakisch-ungarische Aufschriften und Orientierungstafeln, ferner Druckschriften für den Verkehr mit der Bevölkerung mit slowakisch-ungarischem Text in denjenigen Gemeinden eingeführt werden, welche mindestens 50 Prozent ungarische Bevölkerung aufweisen und gleichzeitig in Gerichtsbezirken liegen, welche ebenfalls wenigstens 50 Prozent ungarische Bevölkerung besitzen. Eine weitere Regelung erfolgte hinsichtlich der Aufschriften in den Autobussen und in den Bussen, die Gebiete mit vorwiegend ungarischer Bevöl-

terung durchfahren. Für Karpathoruhland werden ähnliche Vorschriften mit Berücksichtigung der Staatssprache, der russischen (Kleinrussien) und der ungarischen Sprache erlassen. Eisenbahnministerium und Postministerium ordnen gleichzeitig an, daß dafür Sorge getragen werde, daß ihre Angestellten, die Orten zugeteilt sind, auf welche sich die Sprachbeschlüsse beziehen, eine hinreichende Kenntnis der ungarischen Sprache besitzen.

Diese Maßnahmen erfordern einen beträchtlichen Aufwand. Es wird nämlich notwendig sein, einige tausend bisherige Tafeln auszuwechseln und eine große Menge verschiedener Druckschriften in zwei Sprachen zu drucken. Die technische Durchführung der Aenderung wird daher einige Zeit erfordern.

Die hier mitgeteilten Maßnahmen sind ein wertvoller und verheißungsvoller Anfang. Sie befriedigen zwar noch nicht alle Wünsche der Magyaren — die Mindestziffer von 50 Prozent ungarischer Bevölkerung ist zu hoch —, aber sie zeigen, daß der gute und ernste Wille da ist, auf die sprachlichen Bedürfnisse der Minderheiten Rücksicht zu nehmen. Zugleich wird damit auch der Tatsache Rechnung getragen, daß Bahn und Post Einrichtungen für die Bevölkerung sind.

## Vor der Liquidierung der Teplitzer SdP-Beschwerde

### Das Referentengutachten: Die Immunität nicht verletzt

Belanntlich hatte die SdP nach den bekannten Vorfällen von Teplitz, die den Ausgangspunkt einer beispiellosen Kampagne der reichsdeutschen Presse gegen die Tschchoslowakei bildeten, noch die Strenge, den Spieß einfach umzudrehen und im Abgeordnetenhaus noch ein Verfahren wegen angeblicher Verletzung der Immunität der beteiligten SdP-Abgeordneten in Gang zu setzen. Diese Beschwerde wurde einem Subkomitee des Immunitätsausschusses zugewiesen, das sie unter Vorsitz des Abg. Krumm (tsch. Nat.-Zog.) in einer fast allzugründlichen Form durchdebattierte. Nach mehrfachen Vertagungen kam das Subkomitee am Donnerstag endlich zu einem Abschluß:

Der Referent Dr. Krumm erstattete in einer Einleitung zur Spezialdebatte ein ausführliches Rechtsgutachten über die Möglichkeiten

einer direkten Untersuchung dieser Vorfälle durch das Subkomitee sowie über Umfang, Sinn und Bedeutung der amtlichen und nichtamtlichen Abgeordnetenimmunität.

Durch Auszüge aus den Sitzungsprotokollen des österreichischen, ungarischen und deutschen Parlaments sowie durch Zitierung tschechoslowakischer, deutscher und französischer Juristen wies Dr. Krumm nach, daß die Immunität der SdP-Abgeordneten durch die Teplitzer Staatspolizei nicht verletzt wurde und daß eine solche Verletzung auch dann nicht vorläge, wenn der Zwischenfall sich so abspielte hätte, wie die Beschwerdeführer ihn schildern.

Nach kurzer Debatte beschloß das Subkomitee einmütig, den Referenten mit der Ausarbeitung eines Rechtsgutachtens für das Ausschußplenum zu beauftragen.

### Reorganisation der Eisenwerke in Pöbbrzowa?

Der Budgetausschuß des Senates beschloß am Donnerstag, eine Exkursion in die staatlichen Eisenwerke in Pöbbrzowa in der Slowakei zu unternehmen. — Bekanntlich sind diese Werke schwer passiv, so daß namentlich im Abgeordnetenhaus wiederholt ihre Auflassung vorgeschlagen wurde. Andererseits wird darauf hingewiesen, daß die Arbeit in diesen Werken für die Bevölkerung dieser Gegend vielfach die einzige Verdienstmöglichkeit darstellt, so daß die Weiterführung der Werke im eminenten Staatsinteresse liege. Die slowakischen Abgeordneten der Koalition haben deshalb eine Kommission für die Oekonomisierung der Werke in Pöbbrzowa eingesetzt, die am Donnerstag ihre konstituierende Sitzung ab-

hielt. Die Kommission, zu deren Vorsitzenden der Gewerbedepartementar Pála gewählt wurde, stellte den grundsätzlichen Standpunkt auf, daß die Oekonomisierung der Werke unter Aufrechterhaltung des Betriebes in allen heute bestehenden Betriebszweigen möglich sei. Sie will gemeinsam mit der parlamentarischen Sparkommission vorgehen, welche ihre Konstituierung zur Kenntnis genommen hat.

### Neuer Landeshauptmann in Graz

W. u. Der Rücktritt des steirischen Landeshauptmannes Stephan wird jetzt amtlich bestätigt. An seine Stelle wurde Staatsrat Dr. Trummer berufen.

## Der ewige Schatten

Roman von Max Hoehdorf

Da schallte von den Erkradenden, von den Späthern in der vordersten Reihe, die sich eben büschelweise die Haare ausgerauft hatten, ein wiederholtes Gelächter. Erbarmungslos fielen die hinten Lauernenden in die Knie und wehlagten: „Schon haben unsere armen Brüder und Vettern dort vorn den Verstand verloren, weil Gott sie so elend verlassen hat!“

Aber merkwürdig — das Gelächter entlud sich aus einer stammenden Begeisterung. Freudenquellen, eben noch versiegt und verstopft, sprangen auf, und ein Schrei: „Unser Herr, unser König, unser geliebtes Haupt!“

Und Augen, eben noch wundervoll von zu Tode Geängstigten, strahlten.

Die Wollenblöcke zerbröckelten. Sie lösten sich von der Meeresfläche. Sie stiegen zur Höhe. Sie wühlten sich wieder zu einer gewaltigen Pforte, deren Pfeiler in spibe Vogen ausliefen wie die Säulen einer Miesenkathedrale. Und unter dem Triumphbogen erschien jetzt ein Schiff mit leuchtenden Segeln, gebläht von steifem Winde. Jeder Zoll der mächtigen Flügel empfing glückselig die treibende Kraft. Das Fahrzeug glitt über die türkisblaue Flut. Am Bug blinkte ein goldener Schwan. Was aber die von der Angst Befreiten am herrlichsten entzückte, das war am Vordermast das Banner, das von der Brise gespannt und gestrafft wurde. Kein Häkchen blieb in dem Tuch. Vollkommen gleich es einer Bildfläche, fest in den Rahmen gefügt. Banner als Schild gehämmert an den Mast, und darauf ge-

malte das Kreuz, und am Kreuz Christus der Heiland, der Herr im Erleiden der Pein, doch der Herr schon ruhig und selig. Dann zu seinen Seiten hielten Wacht seine Mutter Maria, aus der er geboren war, und Johannes der Täufer, der ihm den Weg bereitet hatte.

„Das Banner unseres Königs Karl!“ jubelte es aus dem Gelächter der vorderen Reihen. „Keine beschnittenen Bestien, die uns zu morden und zu plündern kommen! Keine französischen Genker! Er, er allein ist es, der kommen mußte, weil wir auf ihn so sehnsüchtig gewartet hatten! Er hat uns gehört. Er hat Spaniens Ruf und Wangen begriffen, endlich, endlich! König Karl ist erschienen!“

Je mehr sich das Schiff mit dem goldenen Schwan am Bug dem Meer näherte, desto deutlicher wurde das königliche Banner.

Schon hatte das königliche Schiff die Pforte des Triumphs durchfahren. Schon schwammen die Folgenden in seinem Kielwasser. Schon wurden die Seile herbeigeschleppt, um bei der Landung zu dienen. Die Fischer und Seeleute hatten alles in Ausgelassenheit, wie im Tanze. Schon läuteten die Glocken in der Stadt. Schon wurden die Signalkompenten gelassen, und Antwort wurde von dem königlichen Schiff gegeben.

Erschlafft hörte der König an, was gesprochen wurde: „Wir bieten Eurer Majestät Leib, Gemüt und Vermögen an.“

Der König hörte Worte, die seine Aufmerksamkeit kaum berührten. „Immer das gleiche Gebüchse, das nämliche Lallen“, dachte er, „als wenn die Menschen Verzeihung dafür erbitten, daß sie ebensoviele Pöhl von der Sohle bis zum Scheitel messen wie ich selber. Warum entschuldigen sie sich, daß sie Menschen sind und keine Würmer? Ausgerechnet vor mir! Hätten sie mich gesehen, wie sich Darm und Magen in mir verkampften, als das rote Tier vor mir in Strampfen lag, hätten sie gehört, wie ich zum zweitenmal auf meiner Fahrt in der Fallstucht wüchse,

als mir gemeldet wurde, daß es dem roten Tier gelang, sich selbst mit seiner Klauenleiste zu erwürgen, sie würden es vielleicht nicht bedauern, daß ihre Junge beim Wüden nicht bis zur Erde reicht, um den Sand aufzulecken, über den ich gegangen bin.“

Der König fühlte sich nicht stark genug für dieses Land. Noch bevor er es betreten hatte, war ihm die Warnung gekommen. Es hatte ihn gefällt. Es hatte ihm selbst vor diesem Wilden eine Niederlage beigebracht. Und nun wachte der König, daß er auf immer gezeichnet war. Nun fürchtete er, daß man ihn auf Schritt und Tritt entlarven würde, ihn vielleicht verspottete. So schart schien ihm die Sonne dieses Landes, daß sie auch die geringste Schwäche noch schwächer erscheinen ließ.

Er ließ den Adeligen, die ihm ihre Aufmerksamkeit machen wollten, seine Tür verbieten. Er wollte nur schlafen und seine Gebrechlichkeit vergessen. Und würde er dann wieder erholt sein, dann wollte er eines Nachts heimlich die Seile geben, die Segel zu hissen. Sich fortsetzen aus Spanien, und mochte man ihn nachher auch einen Feigling schelten!

So tief ging die Abneigung des Königs gegen diesen Boden, daß es ihn anellte, dessen Früchte zu essen, das mit spanischem Korn gefüllte Geflügel, die Milch des Viehs zu trinken, das auf diesen Weiden gedieh.

Die großen Herren des Landes warteten vergeblich, ihren obersten Herrn zu treffen. Als sie abzogen, fragten sie kopfschüttelnd: „Vor Türken und Franzosen haben die sich hier gefürchtet, aber ist er nicht schlimmer als Franzosen und Türken zusammen?“

Was die Herren wollten, das war, die Wirkung des königlichen Arms zu sehen. Denn sie zitterten auf ihren Herrensitzen und ritten ihre Turniere in Klagen. In den Städten hatte sich niedrig Volk zusammengedrückt, Meßger, Nicht-

zieher, Kaminfogel und alle übrige schmierige, ranzig duftende Masse von Schludern, Woll, das sich Brüder und Bruder nannte, mochten sich die jetzigen Brüder auch eben noch die Kehle abgedreht haben.

Diese Brüder schworen sich Eide, eher sollte ihre Hand verdorren, als daß sie in die Truhe griffen und an die Steuereintnehmer der Potentaten auf den Burgen und Schlössern ihre Spottaler ausliefern. So war es in Asturien, in Aragon, in Kastilien und bis ins üppige, von fetten Delbäumen triefende Andalusien hinein, in Burgos, Toledo, Medina, Segovia und Sevilla.

In Toledo ritt auf den Schultern seiner Brüder Juan de Valoria, der Tuchhändler, schwarzbärtig bis in die Nasenslöcher und Obrenn muskeln hinein, anzusehen, als wäre sein Gesicht über und über von geflochtenen Rädchenköpfen eingewickelt. Doch über die kupferroten Lippen dieses Gesichtes strömte von morgens bis abends eine Orgelstimme: „Was taten wir, geliebte Brüder, wenn wir bei der Arbeit die Haut abschnitten und die Brust plattdrückten und Galle spuckten, und wenn unsere Kinder aufstauten vor Schmerz, weil wir mit unsern rissigen Schwielen die Waden zerrieben, sobald wir sie nur ein wenig streicheln wollten? Wir taten nichts anderes, als daß wir in Untertänigkeit zu unserem König brannten, als daß wir uns in Vereinfachung übten, dem König unser Herz und unsere Knochen hinzugeben! Und Krankheit sollte aufhören und Not. Vieh sollte nicht mehr sterben, Regen sollte er uns bringen, Weizen und Wein. Wir verschworen ihm Häute und Nacken, Kopf und den Samen unserer Mannesnatur, damit niemals mangelt die Hand, die den Pflug führt, und die Hand, die den Hammer schwingt. Was schwor er uns dafür, er, den wir Salomon nennen wollten, den Prächtigen und Großen, und dem noch der Rob rinnt aus der Nase?“

(Fortsetzung folgt.)

# Sudetendeutscher Zeitspiegel

## Der Staatspräsident über den Aktivismus der deutschen Jugend

Der Präsident der Republik empfing Mittwoch das Präsidium des Klubs „Die Tat“. Doz. Dr. Sitta, Dr. Popper, Woljta und Turnowitsch, in Audienz. Der Vorsitzende Dr. Sitta, berichtete dem Staatspräsidenten über die Ziele des Klubs, der vor allem durch neue Formulierungen das politische Bewußtsein und die Aktivität der deutschen demokratischen Jugend des Staates wecken und noch abseits stehende Kreise gewinnen will.

Präsident Dr. Benedikt erwiderte darauf: „Es freut mich, daß ich Sie persönlich kennen lerne. Ich verfolge Ihre Arbeit und sehe, daß Sie sich bemühen, dabei die tieferen ideellen Grundlagen des politischen Aktivismus immer wieder zu betonen und der deutschen wie der tschechischen Öffentlichkeit in Erinnerung zu bringen. Ich stimme mit Ihnen darin überein, daß der Aktivismus in der deutschen Jugend fest Wurzeln fassen wird, wenn es Ihnen gelingt, ihre

die wertschütterliche Tatsache vor Augen zu halten, daß der Aktivismus keine Frage der politischen Taktik oder Opportunismus ist, sondern eine Angelegenheit der grundsätzlichen Einstellung zum öffentlichen Leben: die Zusammenarbeit unserer beiden Nationen und die Arbeit für die ganze Menschheit und besonders die Arbeit für den Frieden aller Völker sind Ideale, die Deutschen und Tschechen, ebenso wie Engländern, Franzosen und anderen Nationen gemeinsam sein sollen. Diese Ideale zu verteidigen und zu ihnen sich innerlich durchzurufen, ist eine ebenso ehrenvolle wie würdige Aufgabe für junge Kräfte, wie die Arbeit im Dienste eines jeden großen Gedankens.“

Das Präsidium überreichte dem Präsidenten der Republik ein Stifter-Bild des sudetendeutschen Graphikers Helmut Krommer. Präsident Dr. Benedikt verweilte sodann mit den Mitgliedern des Klubs in längerem Gespräch.

## Brief an den Zeitspiegel

Von befreundeter Seite wird uns geschrieben:

Es ist sehr merkwürdig, daß nach der wirtschaftspolitischen Tagung der SDP plötzlich einige Betriebe im sudetendeutschen Siedlungsgebiete erkannten, daß sie gar keine Bestellungen haben und ihre Arbeiter entlassen oder mindestens aussetzen müssen. Fast scheint es, als ob manche Herren allzu sehr mit dem Feuer spielen und in kleinerem Maßstab das wiederholen möchten, was ihnen im Großen die Herren Ford und Konsorten in den Vereinigten Staaten vorgespielt haben. Bewußte Sabotage der Produktion auf Kosten der Arbeiter, um das Elend zu steigern und der Regierung die Verantwortung für das Mißlingen ihrer Bemühungen um die Belebung und Erstarbung der Wirtschaft ausbürden zu können. Den Herren geht anscheinend die Besserung etwas zu schnell, die Ziffern, die man dem nach der „Rundschau“, „wahrhaft gigantischen Aufstieg des Reiches unter nationalsozialistischer Führung“, entgegenstellte, könnten die Wirkung der „historischen Rede Adolf Hitlers“ beeinträchtigen und bei den gläubigen Sudetendeutschen ihrer agitatorischen Schlagkraft berauben. So wäre es nicht zu verwundern, wenn man nun auch noch zu dem Mittel der künstlichen Einschränkung der Produktion griffe, um dergestalt den Stern des Dritten Reiches ein wenig aufzupolieren und ihm zu größerem Glanze zu verhelfen. Noch wollen wir es nicht glauben, daß die politische Verblendung so weit ginge, die eigenen Volksgenossen kaltberechnend dem Elend auszuliefern, um so den erwünschten Agitationsstoff zu erhalten, aber die Mentalität jener Herren, die sich unter dem Schutze des Hakenkreuzes so wohl fühlen, läßt vielleicht auch diese Deutung zu. Die Behörden werden wohl nicht versäumen, sich jene Betriebe etwas genauer anzusehen, die gerade nach der Hitler-Rede so plötzlich den Auftragsmangel zu spüren bekamen.

Aber sei dem, wie auch immer: die Frage erhebt sich und sie ist leider nicht schwer zu beantworten, ob wir wirklich noch irgendwelcher Vereinbarungen bedürfen, um den Hakenkreuzlern ihre Wählerarbeit noch mehr zu erleichtern, als es bisher schon geschehen ist. Macht man nicht bald diesem Spuk ein Ende, so werden unsere Randgebiete zu Provinzen des Dritten Reiches und die Herren „Verständigungspolitiker“ aus dem agrarischen Lager, welche die politische Bauernfängererei über die Interessen des Staates stellen, werden schwer die Geister bannen, die sie riesen.

Aufklärung dieser Aktion der Arbeiterfürsorge ein gutes Werk für eine wertvolle Sache getan wird.

## Das deutsche Fachschulwesen

Das Statistische Staatsamt hat vor kurzem eine Uebersicht über das Fachschulwesen im Schuljahre 1935/36 veröffentlicht. Der Aufschluß kann entnommen werden, daß es in der Tschechoslowakei an deutschen Fachschulen gibt: 6 Gewerbeschulen mit 115 Klassen, 9 Textilfachschulen mit 81 Klassen, 3 Fachschulen für Holzbearbeitung mit 30 Klassen, 1 Fachschule für Metallbearbeitung mit 13 Klassen, 13 Fachschulen für andere Industriezweige mit 120 Klassen, 1 Berufsschule mit 3 Klassen, 1 Schul- und Lehrwerkstätte für Korbflechterei mit 1 Klasse, 16 Spitzen- und Posamentierkurse mit 24 Abteilungen, und 29 Fachschulen mit 229 Klassen. Von diesen Klassen waren 3 Vorbereitungs-, 333 aufsteigende, 34 Parallelklassen und 246 Kurse. Die Gesamtzahl der Schüler an allen Anstalten betrug 11.493, davon 3188 Mädchen.

60 erholungsbedürftige Kinder armer Kriegsofizer werden in den Ferien vier Wochen im Erholungsheim des V. d. N. (Wund der Kriegsverletzten, Witwen und Waisen) Reichenberg in Pölich a. d. Elbe untergebracht werden. Nach Beschluß des Bundesvorstandes werden diesmal Kinder aus den Bezirken Trautenau, Karlsbad und Tschelitz berücksichtigt, während in den vorhergehenden Jahren Kinder aus den Bezirken Grassitz, Rastau, Reudel, Elbogen, Přebitz, Komotau, Friedland, Gablonz, Sternberg, Freudenthal und Jägerndorf im Heime weilten. Die Kinder stehen während des Aufenthalts unter ärztlicher Aufsicht und werden von Junglehrern und Lehrkräften betreut.

Frühere Eröffnung des Marienbader Kurbetriebes. Die staatliche Wäberverwaltung in Marienbad eröffnet heuer bereits am 10. April, das ist einen Tag nach Ostermontag, den Quellen- und Wäberbetrieb. Die Marienbader Kur-saison beginnt eigentlich erst am 1. Mai. Die Maßnahmen der staatlichen Wäberverwaltung ist auf das rege Interesse des Publikums für einen Kuraufenthalt in der zweiten Hälfte des Monats April zurückzuführen.

## Chamberlain wartet ab

Oesterreichs Unabhängigkeit sei nicht verletzt

London. Ministerpräsident Chamberlain hat Mittwoch nachts in der Unterhaus-Debatte eine Erklärung über die österreichische Frage abgegeben, die aber keine neue Gesichtspunkte bringt. Er sagte im wesentlichen, die britische Regierung werde die Entwicklung der Verhältnisse in Oesterreich genau verfolgen. Er glaube aber im Augenblicke nicht, daß die Unabhängigkeit des Landes verletzt worden sei und sagte u. a., daß die beiden Statler Miller und Dr. Schulzinger sich über einige Maßnahmen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern geeinigt haben. Die Ansicht sei juristisch schwerlich zu rechtfertigen, daß Oesterreich hierbei seine Unabhängigkeit verliere. Die Rede des Bundeskanzlers Dr. Schulzinger vom 24. Februar habe die Unabhängigkeit Oesterreichs besonders unterstrichen. Chamberlain meinte ferner, man müsse die weitere Entwicklung abwarten. In diesem Zusammenhang sei offen zu sagen, daß die britische Regierung sich nicht an den Ereignissen in Mitteleuropa desinteressieren könne. Die Auswirkungen der Berchtesgadener Vereinbarungen müßten abgewartet werden, ehe ein Urteil möglich ist.

Sir John Simon gab im Unterhaus bekannt, daß seitens der italienischen Regierung keine Anleiheforderung an London gestellt wurde. Seitens Englands bestehe auch kein Plan für eine Anleihe an Italien.

## Fast 150 Milliarden Kč Englands Budget für 1938/39

London. Das britische Budget für 1938/39, das der Schatzkanzler wahrscheinlich Ende April im Unterhause vorlegen wird, dürfte, wie aus dem finanziellen Teil des Verteidigungsbudgets hervorgeht, wesentliche Erhöhungen auf der Ausgabe-seite bringen. Man rechnet mit Ausgaben in der Höhe von 1.031.000.000 Pfund Sterling (rund 146.4 Milliarden Kč) gegen 912.848.000 Pfund Sterling im laufenden Jahr. Da rund 90 Millionen Pfund gemäß der vorjährigen finanziellen Ermächtigung durch die Verteidigungsanstalt gedeckt werden können, von der eine neue Tranche zur Ausgabe gelangt, umschließt dies die Notwendigkeit für das Schatzamt, eine Deckung für zusätzlich rund 63 Millionen Pfund Sterling zu suchen.

## 200 Millionen Kriegsschäden in Madrid

Barcelona. (Ag. Ep.) In einem Vortrag berichtete Professor Teodoro Anasagasti von der Architekturschule in Madrid: Durch die Beschädigungen und Bombenabwürfe sind manamals bis zu 350 Madrider Häuser unbewohnbar gemacht worden. Dazu kommen die Beschädigungen an öffentlichen Gebäuden. In den vergangenen 18 Monaten waren Arbeiter und Techniker in 6300 Fällen schwerer Bauarbeiten zum Eingreifen genötigt. Augenblicklich sind 2000 Arbeiter und 50 Techniker dabei beschäftigt. Die bisher verursachten Bauarbeiten muß man auf 200 Millionen Pesetas berechnen.

## Deutscher Fliegergeneral in Spanien

Barcelona. (Ag. Ep.) Das Verteidigungsministerium hat nachprüfen und als richtig feststellen können, daß der General Zander, Chef der „Legion Condor“ und aller deutschen Spezialisten im Lager Franco, identisch ist mit dem Chef der 6. Luftdivision der Flugwaffe des Deutschen Reiches.

## Niemöller bleibt in „Schutzhaft“

Berlin. Pastor Niemöller, über den bekanntlich die Schutzhaft verhängt wurde, ist in ein Berliner Gefängnis gebracht worden. Es heißt, daß nicht die Absicht besteht, ihn in ein Konzentrationslager zu bringen. Niemöller soll während der Verhandlung demlich zu erkennen gegeben haben, daß er beabsichtige, seine „Anstößigen“ und die öffentliche Ordnung und Ruhe gefährdende Agitations-tätigkeit fortzusetzen. Damit er sich nicht in kurzer Zeit eine neue Anklage zuziehe, habe man es für „zweckmäßig“ gehalten, ihn einstweilen in Schutzhaft zu nehmen. Wenn er sich nicht verpflichtet, seine Predigten auf rein kirchliche Dinge zu beschränken, werde er bald in ein Konzentrationslager gebracht werden.

## Faschistenüberfall in Tokio

Tokio. Der Vorsitzende der „Sozialen Massenpartei“, Shafaitaishuto, wurde heute früh in seiner Wohnung von vier bisher unbekannt Personen, vermutlich aus politischen Gründen, überfallen und schwer verletzt.

Die „soziale Massenpartei“ hat wegen des Angriffes im Unterhause eine Anfrage eingereicht. Darin unterfue sie den Innenminister Suetsumu scharf an und erklärte, daß seine Maßnahmen gegen die Störungen des politischen Friedens unzureichend seien. Der Innenminister trage die Verantwortung für die Zwischenfälle. Der Ministerpräsident und der Innenminister haben eine Verschärfung der polizeilichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und zum Schutze der Parlamentarier angeordnet.

## Ein Prozess gegen Konrad Henlein und Hermann Hönic

Im Oktober 1937 erschienen in der „Rundschau“ zwei Artikel „Die Kaufmannschaft ruft zum Kampf gegen kapitalistische und marxistische Methoden“ und „Konsumvereine im Anaciff“. In diesen beiden Artikeln wurde die Verurteilung zum Vorfall der Konsumgenossenschaften aufgeführt. Der Verurteilte Dr. Schwanke in Prag als Körperschaft, die zur Wahrung der Interessen der Konsumgenossenschaften berufen ist, überreichte durch Dr. Schwanke gegen den Herausgeber der „Rundschau“, Konrad Henlein, und deren damaligen verantwortlichen Redakteur Hermann Hönic, die Unterlassungspflicht nach dem Gesetze gegen den unlauteren Wettbewerb.

Die Beklagten bestritten durch Dr. Neuwirth die Berechtigung der Klage und wendeten ein, sie hätten nur politisch polemisiert, in den wirtschaftlichen Kampf jedoch nicht eingegriffen. Bei der am 1. Februar 1938 abgehaltenen Verhandlung wurde der Beschluß verkündet, daß das Urteil auf schriftlichem Wege bekanntzugeben werden wird.

Dieser Tage ist nun das Urteil den Vertretern der beiden Parteien zugestellt worden.

Mit diesem Urteil wird der Klage dahin stattgegeben, daß den Beklagten die Verbreitung der im Urteile näher aufgezählten Behauptungen und Vorklatschforderungen untersagt wird.

Der Verband deutscher Wirtschaftsgenossenschaften wurde das Recht zuerkannt, den der Klage stehenden Urteilspruch auf Kosten der Beklagten in einer Tageszeitung zu veröffentlichen, wobei die Kosten der Veröffentlichung den Betrag von Kč 1000.— nicht übersteigen dürfen.

Den Beklagten wurde auch ein Kostenbeitrag an den klagenden Verband auferlegt.

Dem Begehren auf Veröffentlichung des Urteiles noch in anderen deutschen und tschechischen Zeitungen hat das Gericht nicht stattgegeben.

## Vizebürgermeister Holick (Karlsbad) gewinnt einen weiteren Prozeß

Am Donnerstag fand unter dem Vorsitz des Obergerichtsrates Souček vor dem Obergerichte in Prag die Verurteilungsverhandlung in einem Prozesse statt, den der sozialdemokratische

tschechische Vizebürgermeister Holick aus Karlsbad gegen den verantwortlichen Redakteur der Karlsbader „Deutschen Tageszeitung“, Karl Franied, angestrengt hatte.

In der „Deutschen Tageszeitung“ erschien am 9. August 1935 unter der Ueberschrift: „Osteienszene auf der Stadthandbrücke. Verzeielter Arbeiterlotter adaktiert Vizebürgermeister Holick, weil er ihm um seinen Arbeitsplatz gebracht hätte“, ein Artikel, in dem häßlich berichtet wurde, ein angeblich verzeielter Arbeiter habe Holick injuliert, weil Holick den betreffenden angeblichen Arbeiterlosen aus persönlichen Gründen um seinen Posten bei der Stadtgemeinde gebracht habe.

Holick brachte gegen den verantwortlichen Redakteur Franied die Presseklage ein. Nach zweieinhalb Jahren wurde Franied vom Kreisgericht in Eger im Dezember 1937 wegen Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obesorge zu einer Geldstrafe von 500 Kč, bzw. fünf Tagen Arrest und zum Erlass der Kosten verurteilt. Franied legte Berufung ein, über die nun Donnerstag verhandelt wurde.

Dr. Schwelb, der Vertreter Holicks, widerlegte vollkommen die prozessualen und formellen Einwendungen, die die Verteidigung ins Treffen zu führen suchte. Das Obergericht schloß sich auch der Würdigung des Sachverhaltes durch das Gericht erster Instanz in allen Punkten an und bestätigte namentlich auch den Ausbruch, mit welchem Franied verurteilt wird, die Kosten der Veröffentlichung des Urteiles im Karlsbader „Volkswiller“ zu tragen, mit der ausdrücklichen Begründung:

„Die Verurteilung von Karlsbad soll es erfahren, daß die großen Angriffe auf die Ehre des Vizebürgermeisters Holick nicht strafflos geblieben sind.“

Damit endet auch dieser Prozeß rechtskräftig mit einer vollen Niederlage der Karlsbader Denkleinende!

## Arbeiterfürsorge-Lotterie



Der Verband „Arbeiterfürsorge“ betreut neben anderen Fürsorgeaufgaben auch die Kinder- und Jugendberohnung. Da für diesen Zweck nur wenig hygienisch einwandfreie Erholungsheime zur Verfügung stehen, errichtete der Verband „Arbeiterfürsorge“ im Jahre 1933 ein Jugendberohnungsheim am Dirschberger See, das auch einen eigenen Badestrand besitzt. Kinder und Jugendliche können dort Wochen ungetrübten Glücks verbringen, Sonne, Luft und Wasser genießen, die schönen Wälder des Stummergebirges durchstreifen und nicht nur Freude und seelische Stärkung, sondern auch ihre Gesundheit wieder erlangen. Seit 1933 beherbergt das Dirschberger Heim

1731 Kinder an 53.893 Verpflegstagen und 1000 Jugendliche an 15.536 Verpflegstagen.

Damit dieses der gesamten Betreuung dienende Werk fortgeführt werden kann, das Dirschberger Heim finanziell gesichert, aber auch ein ähnliches Heim in Mähren-Schlesien geschaffen werden kann, veranstaltet der Verband seine

IV. Sachlotterie, deren Ziehung am 21. April 1938 stattfindet.

Bei 100.000 Lose zu je 5 Kč gibt es über 4000 Treffer im Werte von 120.000 Kč. Jeder Loskäufer hat die Möglichkeit, ein eigenes Haus im Werte von 80.000 Kč zu gewinnen, kann aber auch den Betrag nach Abzug der gesetzlichen Gebühren in Barmen beziehen. Viele andere schöne Gewinne werden den einen oder den anderen veranlassen, die Arbeiterfürsorge Lose zu kaufen, vor allem, weil mit der Unter-

## Der Streit um Seyß-Inquart beginnt

Wien. Im österreichischen Rundfunk wurden in der letzten Zeit zwei Rundgebungen nationalsozialistischer Funktionäre, und zwar Dr. Seyß-Inquart und gestern des Staatsrates Dr. Jany angelaufen. Beide nationalsozialistische Führer ermahnten zwar ihre Anhänger zur Ruhe, appellierten besonders in der Richtung an sie, daß sie Straßendemonstrationen unterlassen sollen, sie sprachen sie aber als „Nationalsozialisten“ an. Dagegen stellt sich nun heute die „Reichspolizei“ und fordert für die Zukunft Abhilfe, denn dem Dollfuß-Staate, der keine Parteien kennt, wäre es nicht dienlich, Reden anzuhören, welche an die Nationalsozialisten, ein anderes Mal an die Christlichsozialen, die Großdeutschen oder an die Sozialdemokraten oder an die Zionisten adressiert werden. Es ist die große Erregung der Reichspolizei, daß sie keine Parteien kennt, sondern nur Oesterreicher.

## Neuer österreichischer Generalstabchef

Berlin. Das Deutsche Nachrichten-Büro meldet aus Wien, daß der bisherige Chef des österreichischen Generalstabes, Feldmarschallleutnant Janfa, in den Ruhestand getreten ist und an seine Stelle unter gleichzeitiger Amortifikation der obersten Seereschiffung Generalmajor Böhm ernannt wurde.

# Tagesneuigkeiten

## Den Toten des vierten März

Wir haben sie nicht vergessen, die Toten des 4. März 1919.

Wir würden auf jeden Fall, auch wenn sie nicht für das Freiheitsideal gestorben wären, in tiefer Ergriffenheit ihrer gedenken. Denn wo und wann Menschen in großer Zahl plötzlich vom Tod gefällt werden, wo und wann eine Katastrophe viele Menschenbrüder und -Schwestern aus dem Leben reißt, werden menschlich fühlende erschüttert sein, wird Weh sie ergreifen, werden sie den Opfern nachtrauern.

Der Toten vom 4. März aber gedenken wir vor allem, weil sie für das Freiheitsideal gefallen sind!

Die deutsche Sozialdemokratie hatte nach allen sudetendeutschen Bezirksstädten zu Kundgebungen für das Selbstbestimmungsrecht gerufen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen und die Angestelltenschaft hatten an diesem Tage die Arbeit ruhen lassen, um an den Massenversammlungen teilnehmen zu können. Die übergroße Mehrzahl der Kundgebungen verlief würdig und ruhig. In einigen Städten aber kam es zu schrecklichem Blutvergießen. Die tschechische Besatzung in diesen Städten, nervös, beunruhigt, noch völlig fremd in diesen Garnisonen, glaubte sich angegriffen, bedroht, und schoß auf die Demonstranten, denen aber jeder Gedanke an einen Angriff auf das Militär fern war. Eines jener unglückseligen, verhängnisvollen Mißverständnisse, wie sie in erregten Zeiten so oft sich ereignen.

Die übergroße Mehrzahl der Demonstranten waren deutsche Sozialdemokraten. Es sind unsere Toten, die wir betrauern.

Die deutsche Sozialdemokratie hat den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht in jener Zeit, da die Friedensbestimmungen noch nicht festgelegt waren, geführt im Bewußtsein ihrer Verantwortung für das deutsche Volk. Ihr war es das Recht, über die eigene Zukunft zu bestimmen. Ihr war dieser Kampf auch und vor allem ein Kampf für den Sozialismus! Für den Sozialismus, für die sozialistische Gestaltung der Wirtschaft und der Gesellschaft demonstrierten an jenem vierten März die deutschen Sozialdemokraten, und sie demonstrierten als internationale Sozialisten, nicht als deutsche Chauvinisten!

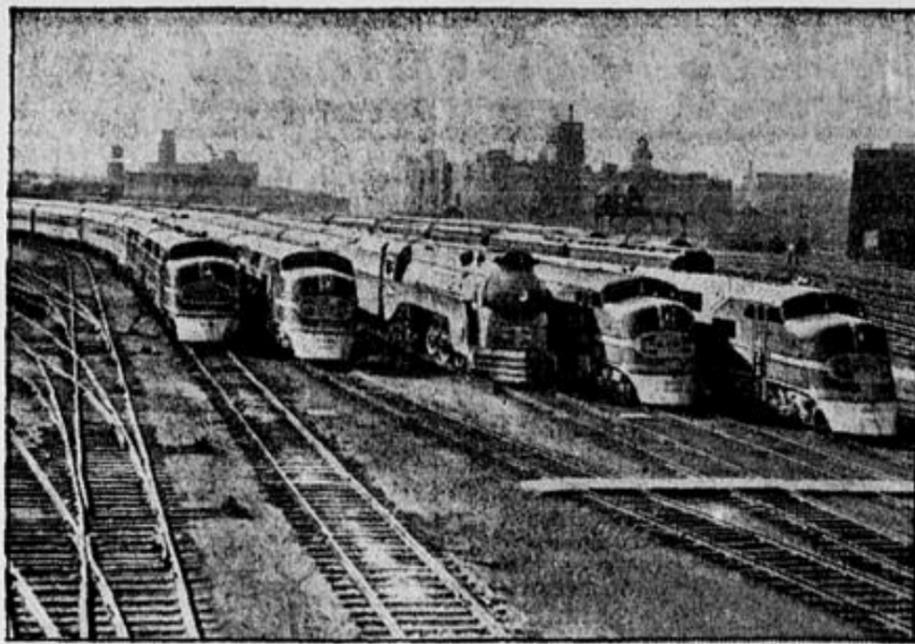
In anderer Zeit und unter wesentlich anderen Verhältnissen führen wir heute den Kampf. Weil wir uns unserer Verantwortung für das sudetendeutsche Volk bewußt sind, kämpfen wir gegen den Faschismus, kämpfen wir für die Demokratie und für die Erhaltung des Friedens. Wir führen diesen Kampf auf dem Boden des tschechoslowakischen Staates und führen ihn für diesen Staat, der die verlässlichste Stütze des Friedens in Mitteleuropa ist. Damals, als die Grenzen der neuen Staaten noch nicht festgelegt waren, im März 1919, als die europäische Entwicklung noch nicht abzusehen war, wollten wir für das sudetendeutsche Volk die Möglichkeit der Bestimmung über das eigene Schicksal im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen sichern. Als die Friedensverträge die Form des neuen tschechoslowakischen Staates bestimmt hatten, bezog die deutsche Sozialdemokratie sofort ihre Positionen auf dem Boden des Staates, und sobald die politische Atmosphäre es ermöglichte, als alle Ressentiments überwunden waren, nahm sie aktiv an der Staatspolitik teil. Ihre politische Weg war nicht nur getragen vom Vertrauen der sozialistischen Arbeiterschaft, er wurde durch den Willen der Arbeiter bestimmt. Die sozialdemokratische Partei kämpft für ihr altes Ideal, für die Freiheit des deutschen Arbeiters, des deutschen Menschen überhaupt. Und weil diese Freiheit nur gesichert ist in der Demokratie und weil sie in unserem Staate nur erhalten und gefestigt werden kann durch die Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften des tschechoslowakischen Volkes, dient diese Arbeit, dient unser heutiger Kampf dem gleichen hohen Ideal, für das jene Arbeiter und Arbeiterinnen demonstrierten, die am 4. März 1919 gestorben sind.

Als Vollstrecker ihres Willens grüßen wir die Toten des vierten März 1919!

## Hoover in Prag

Der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten Herbert Clark Hoover besucht nunmehr auf seiner Europa-Reise auch Prag. Freitag wird ihm feierlich das Ehrendoktorat der tschechischen Universität verliehen werden. Bereits seit 1921 ist Hoover Ehrendoktor der Prager tschechischen Technik.

Der heutige 64jährige Hoover kam in einem Damerdorf im Staate Iowa als Sohn eines Quäkers zur Welt. Siebzehnjährig ging er auf die Stanford-Universität, wo er Theologie und Berg- und Hüttenwesen studierte. Lange Jahre lebte er dann in Australien und in China als Grubeningenieur, dann in Rußland, Birma, Italien, Mittelamerika usw. In das politische Leben trat er eigentlich erst während des Krieges, als er Vorsitzender der Kommission für die Organisation der Disfaktion für Belgien wurde. Nach dem Kriege wurde er der Repräsentant der Hilfsaktionen für Mittel- und Osteuropa. 1921 organisierte er die Aktion für das hungernde Belgiengebiet, 1927 die Fürsorge für die vom Mississippi überfluteten Landstriche.



## Fünfmal Stromlinien

Die Umstellung der nordamerikanischen Eisenbahngesellschaft auf Stromlinienzüge macht weitere Fortschritte. Hier ist der bisherige Stand an Stromlinienzügen der Eisenbahngesellschaft „Santa Fe“ zu sehen. Der Antrieb ist nicht bei allen gleich. Der mittlere Zug wird durch eine Dampflokomotive, die vier anderen durch einen Dieseltriebwagen gezogen. Im April wird der Gesamtstand der Gesellschaft sieben Diesel- und sechs Dampfzüge sein.

Hoover war Präsident der USA in den Jahren 1928 bis 1933, als er und die republikanische Partei durch die Demokraten und Roosevelt geschlagen wurden.

## Ein Zigeunerfest in Kaschau

### Zigeunerank an die Republik

Kaschau. Der Kultur- und Sozialverein slowakischer Zigeuner „Loburari“ veranstaltete Mittwoch abends im Kaschauer Stadttheater anlässlich des 500-Jahrjubiläums der Einwanderung der Zigeuner in die Slowakei eine Festakademie, der auch die Vertreter der Stadt, der Behörden und verschiedener Vereine beiwohnten. Einleitend sprach Koloman Juppil, der die Verdienste der tschechoslowakischen Republik um die kulturelle und soziale sowie wirtschaftliche Entwicklung der Zigeuner würdigte. Ein Kontrakt von 101 Zigeunern unter abwechselnder Leitung dreier Primas fand den lebhaften Beifall des überfüllten Hauses. Es trat außerdem eine Kapelle von 22 Zigeunerkindern auf. Außerdem wurde ein Theaterstück aus dem Leben der nomadierenden Zigeuner „Die Zigeunerhochzeit“ aufgeführt. Nach der Akademie fand der traditionelle Maskenball der Zigeuner im Hotel Schalkhá statt.

Der Rundfunksender Kaschau übertrug aus seinem Studio Mittwoch von 18.45 bis 19 Uhr über Genf nach Amerika ein Konzert einer 40 Mann starken Zigeunerkapelle, das telephonischen Nachrichten aus Amerika zufolge, in Amerika gut gefiel.

## Kein Festland am Nordpol

Moskau. (Zag.) Professor Schmidt hat einen Artikel über die Ergebnisse der Papanin-Expedition veröffentlicht, in welchem er feststellt, daß es sich dabei eigentlich um drei Expeditionen gehandelt habe, und zwar um den Flug zum Nordpol, um die Drift vom Pol bis zur Grönlandküste und um die Drift durch das Grönlandmeer.

Die Expedition hat riesige, ziemlich ebene Eisfelder in diesen Gebieten festgestellt, womit die Theorie, die Nordpolgegend sei reich an Rissen und aufgetürmten Eisblöcken, widerlegt erscheint. Die Tiefe des Ozeans wurde mit 4200 Meter festgestellt, womit erwiesen erscheint, daß es am Nordpol kein Festland gibt.

Die Driftgeschwindigkeit betrug 10 bis 20 Seemeilen. Die Forschungen hatten auch große praktische Bedeutung, weil Feststellungen über den Ausbruch des Eises aus dem nördlichen Eismeer den Schlüsseln zur Eisprognose, d. h. zur Voraussetzung der Schifffahrtsverhältnisse im Eis zumindestens auf ein halbes Jahr ermöglichen. Weiter wurden während der Drift umfassende Feststellungen über das Vordringen, über die Strömungen und die Lebenswelt des Meeres gemacht. Es wurde ein vollkommener hydrologischer Querschnitt vom Pol bis zum Grönlandmeer durchgeführt.

Durchführung der Bodenreform auf dem Großgrundbesitz Münchengerät. Am Herbst d. J. endete der 16jährige Pachtvertrag, auf Grund dessen die Firma Zuckerraffinerie Schoeller & Co. A. G. vom Großgrundbesitz in Münchengerät 1440 Hektar Boden gepachtet hat. Das Landwirtschaftsministerium hat entschieden, daß der Pachtvertrag nicht verlängert und auf dem an die Firma Schoeller verpachteten Boden die Bodenreform durchgeführt werden wird.

Autounfall bei Prag. Donnerstag um 13 Uhr 10 Min. stieß das Mietauto P 4781, in dem außer dem Chauffeur noch vier Passagiere saßen, in der Nähe der Station Beneschau in einer scharfen Kurve der Bezirksstraße Prag-Tabor an das Geländer der Eisenbahnüberführung. Das Geländer wurde durchbrochen und das Auto fuhr über den Damm auf das Geleise, wo es sich überschlug und das erste Geleise der Strecke Beneschau-Prag-Wilsonbahnhof ver-

legte. Der Chauffeur Josef Erb sowie die Passagiere erlitten nur leichte Verletzungen. Der Zug Nr. 2111, der fahrplanmäßig um 14 Uhr 44 Minuten in Prag eintreffen soll, erlitt durch diesen Unfall eine Verspätung von etwa 30 Minuten.

Tödlicher Unfall in Seestadt. Als Mittwoch abends die in Seestadt wohnhafte 72jährige Witwe Laura Brünlich mit dem Eisenbahnzug von Aulitz nach Seestadt zurückkehrte, veräuerte sie in der Station Seestadt rechtzeitig aussteigen. Erst als der Zug bereits wieder in Bewegung war, sprang die Greisin ab, stürzte dabei und geriet unter die Räder, die ihr den Kopf und einen Arm vom Rumpfe trennten.

Ein schwerer Verstoß. Donnerstag fand in Kunja bei Neubau die Exhumierung der im November des Vorjahres verstorbenen 27jährigen Julie Kotinková statt, die ihr Millionenvermögen einer Freundin hinterlassen hatte. Es fertigten in der Gegend Gerüchte, sie sei keines natürlichen Todes gestorben, weshalb die Staatsanwaltschaft die Exhumierung anordnete. Die Leichenrechte werden an das Staatliche chemische Institut in Prag zur Untersuchung überstellt werden.

Scharlachepidemie beim Eisenbahner-Regiment. (A m t l i c h.) Das Ministerium für Nationalverteidigung teilt mit, daß beim Eisenbahnerregiment eine starke Scharlachepidemie ausgebrochen ist. Daher wird der Eintritt der Reservisten, welche beim Eisenbahnerregiment am 4. März die Waffenübung antreten sollten, auf eine spätere Zeit verschoben. Die für diesen Tag einberufenen Offiziere und Mannschaften brauchen nicht einzurücken.

Ein Kind verbrannt. In der Gemeinde Stöcking bei St. Völten brannte am Mittwoch das Gut Franz Winders mit großen Getreidevorräten, Landwirtschaftsmaschinen und Vieh nieder. Auch die vierjährige Tochter des Gutbesizers ist verbrannt.

Auch in Italien brennt es. In Tresigallo (Ferrara) wurde Mittwoch ein großer Textilbetrieb durch einen Brand vernichtet. Der Schaden wird auf sieben Millionen Lire geschätzt.

Hollywood von der Welt abgeschnitten. Durch die Heberdämmungen infolge der letzten Bolschewische von der Welt abgeschnitten. Bei den Heberdämmungen sind 16 Personen ums Leben gekommen, sieben weitere werden vermisst. Der Sachschaden wird auf 2,5 Millionen Dollar geschätzt. Die Flugverbindung nach Los Angeles ist unterbrochen, desgleichen auch der Autoverkehr, die Telefonleitungen wurden zertrümmert.

Gesicht mit Autodieben. Die Gendarmerie verfolgte am Mittwoch im Seine- und Marnegebiet drei Autodiebe, zwei Italiener und einen Deutschen. Die Verfolgten beschossen die Gendarmen, von denen einer getötet und einer schwer verletzt wurde. Hieraus erschossen die Gendarmen die beiden Italiener und verhafteten den Deutschen, dem es vorübergehend gelungen war, in den Wald zu entkommen.

Ein schlafgertiger Bischof ist der Graf von Galen in Münster, Westfalen. Er predigte gegen eine Jugend, die erzogen ist, die Kirche zu schmähen. Da erhob sich ein Nazi mit seinem Halenkreuz und schrieb, der Bischof sei nicht verheiratet, habe keine Kinder und darum auch gar kein Recht, über Jugenderziehung zu reden. Da nahm der Bischof ferzengrade Haltung an und donnerte: „Hier in dieser Kirche dulde ich keine Beleidigung des Führers!“ — Ein skandinavisches Blatt, dem wir diese Geschichte entnehmen, meint dazu, Graf Galen werde nun wohl bald dem Bataillon des Pastors Niemöller angehören. (bn.)

Im Oasen von New York vernichtete ein Brand die Promenade erster Klasse auf dem Dampfer „Verengaria“. Der Brand verursachte einen Scha-

## Probesendungen aus Melnik

Am 7. März d. J. treten in der Ordnung der tschechoslowakischen Rundfunkstationen einige wichtige Änderungen ein. An diesem Tage bestimmt der Radiosender Prag-Straschnitz, der auf Wellenlänge 1204 Kc/s (etwa 249,6 Meter) arbeitet. Seine Wellenlänge übernimmt der Radiosender in Mähr.-Odrau und macht so die Wellenlänge 1113 Kc/s (269,5 Meter) für den Radiosender Melnik frei, der am 7. März seine zweimonatigen Probesendungen beginnt. Zweck dieser Versuchssendungen ist, den Sender im Dauerbetriebe zu erproben und eventuell seine Einrichtungen anzupassen, falls sich dies als notwendig erweisen sollte. Nach erfolgreicher Beendigung der Probesendungen wird der Sender Melnik in Dauerbetrieb mit ordentlicher Programmfolge gesetzt werden. Die Programme werden dann in der üblichen Weise veröffentlicht werden.

den von über 10.000 Dollar. Zahlreiche Passagiere mußten von der bedrohten Promenade auf das Oberdeck flüchten. Die Besatzung bekämpfte mit der Feuerwehre drei Stunden hindurch den Brand beim Schein mächtiger Reflektoren. Ein Feuerwehmann wurde dabei verletzt.

Ein italienisches Wasserflugzeug ist im Hafen von Portorose bei zu festigem Niedergehen auf das Wasser gesunken. Die beiden Insassen fanden den Tod.

Rundreisefahrten werden wieder herausgegeben werden in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober, und zwar in der neuen Tarifvorkehrung, die einen Mißbrauch dieser Ermäßigung auf Kosten des normalen Fahrpreises (für Rückfahrten nur zwischen zwei Orten) verhindern soll. Zu diesem Zweck wird bei den Rundreisefahrten eine sogenannte Mindestgebühr eingeführt in der Höhe des vollen Fahrpreises für zwei Reiseabschnitte, die von den auf der Fahrkarte bezeichneten Abschnitten die längsten sind. Das Ausmaß der Ermäßigung, und zwar 20 Prozent bei einer Entfernung von 300 bis 500 Kilometern, 30 Prozent bei 501 bis 1000 Kilometern und 40 Prozent über 1000 Kilometer, bleibt jedoch erhalten und wird lediglich von der Gesamtlänge des Reiseweges abhängig sein und nicht auch, wie bisher, von der Zahl der Abschnitte. Auf diese Weise werden insbesondere Reisen von Böhmen nach der Slowakei und Karpathenrußland und umgekehrt gefördert, denn lediglich bei diesen Reisen kommt die Gesamter Entfernung über 1000 Kilometer und damit die 40prozentige Ermäßigung in Betracht. Die Zahl der Reiseabschnitte wird mindestens drei und höchstens acht betragen. Es wird zulässig sein, die einzelnen Abschnitte für verschiedene Wagenklassen zu kombinieren. Die Rundreisefahrten werden auf Roman lautend und der Befahrer muß sie unterfertigen. Die neue Tarifvorkehrung bringt demnach eine Reihe wesentlicher Verbesserungen und schädigt keinesfalls jene, die die Rundreisefahrten für wirkliches Reisen benötigen wollen, das ist für den Besuch einiger von einander entfernteren Orte.

Ermäßigte Eisenbahn-Halbjahresfahrten für Geschäftsreisende. Die nächste Ausgabe erfolgt mit Geltung vom 1. April 1938. Organisierte Geschäftsreisende erhalten die Halbjahresfahrten zum Preise von je 50 Prozent (statt 65 und 50 Prozent) und außerdem einen Sonderzuschlag von fünf Prozent vom Gesamtpreise. Bei Karten für mehr als zwei Richtungen werden noch weitere Nachlässe gewährt. Ferner genießen die Befahrer der Halbjahresfahrten Nachlässe auf Staatsautobuslinien sowie freie Bahnfahrt vom Wohnsitz zur Anfahrstation für die Halbjahresfahrten. Nähere Auskünfte über diese Begünstigungen sowie über die sonstigen Bedingungen erteilt der Bund der Vertreter und Reisenden (Fachgruppe im Allgemeinen Angehörigen-Verband), Reichsberg, Turner Straße 27, der auch die begünstigten Halbjahresfahrten besorgt.

Es bleibt unbekannt. Mit den wärmländischen nordwestlichen Winden wird unseren Gegenden mächtig warme ozeanische Luft zugeführt. Gleichzeitig rücken hierher Ausläufer der Störungen über dem Norden des Erdkreises vor und bedingen unbedeutende Witterung mit zeitweisen Niederschlägen, weshalb der Luftdruck über dem Binnenland hoch ist; den äußersten Osten der Republik ausgenommen, wo es noch relativ mild ist, steigen die Temperaturen in unseren Gegenden in den tieferen Lagen auf plus 9 Grad an. — Wahrscheinliches Wetter Freitag: Einmal ruhiger aber noch immer unbedeutend und im Nordwesten des Staates beträchtliche Bewölkung und zeitweise Schauer. Temperaturen nicht wesentlich geändert. Am Südwesten verringerte Bewölkung und tagsüber etwas wärmer. Wetterausblick für Samstag: Keine große Änderung, im Nordosten noch immer schlechteres Wetter als im Südwesten.

## Vom Rundfunk

### Empfehlenswertes aus den Programmen

Samstag:  
Prag, Sender I: 10.15: Deutsche Sendung: Wunte Viertelstunde für die Frau, Frauen der Heimat, ein Hörbild. 11.05: Salonorchestertkonzert. 14.00: Deutsche Sendung: Hörspiel: „Bräute gesucht für Brasilien“. 17.55: Deutsche Sendung: Albert Martner. Ein Hörbild aus dem Leben und Schaffen eines heimatischen Tonsetzers. 18.45: Deutsche Nachrichten. 20.15: Populäres Konzert. — Prag, Sender II: 14.20: Deutsche Sendung: Postreißer und Sandwurst Bernatdon. Hörbild. 14.45: Deutsche Kulturnachrichten. 18.15: Harmonikalkonzert. — Brunn: 17.40: Deutsche Sendung: Abitura. Hörspiel v. Derm. Kesser. — Kaschau: 12.05 Schalkplatten. 15.15: Unterhaltungskonzert. — Mähr.-Odrau: 18.00: Gesangsquartett.

# Volkswirtschaft und Sozialpolitik

## Die Industrie im Jänner

Aus dem Bericht der Nationalbank über die Beschäftigung in den einzelnen Zweigen der Industrie im ersten Monat des Jahres und zu Beginn des Monats Feber verdient hervorgehoben zu werden, daß auch hier die Schwierigkeiten der Glas-, Porzellan- und Textilindustrie betont und ihre Aussichten in der nächsten Zeit mit Sorge betrachtet werden. Wiederrum angeführt wird das Verhältnis zwischen der Entwicklung in den Textil- und Braunkohlenbetrieben. Der Bericht sagt unter anderem:

In der Glasindustrie konnte bereits im Dezember eine gewisse Abkühlung in der bisher aufsteigenden Exportentwicklung festgestellt werden. Die Abkühlung hielt auch im Jänner an, wodurch sich der Exportwert um 4,8 Millionen K<sup>ö</sup> niedriger stellte, als im gleichen Vorjahresmonat. Im verflochtenen Jahre wurde ein Exportzuwachs von 178 Millionen K<sup>ö</sup> gegen 1936 festgesetzt, an welchem Flachglas mit 33,9, Hohlglas, mit Ausnahme von Flaschen, mit 33,8, Flaschen mit 9,3 und Gabelnzerwaren mit 23 Prozent partizipierten. Die Aussichten für die nächste Zukunft sind ziemlich unklar, vor allem infolge des ziemlich empfindlichen Auftragsmangels.

In der Stein- und Erdenindustrie erfolgten bei der Steigerung und Verarbeitung im Jänner keine Änderungen. Der Betrieb wurde vielfach reduziert, trotzdem scheinen die Aussichten für die nächste Zukunft ebenso gut, wie im Vorjahr zu sein. Die keramische Industrie meldet eine Abkühlung im Beschäftigungslauf, hauptsächlich infolge des Bestandsrückgangs aus USA und Frankreich. Der Porzellanexport war im Jänner sowohl auf dem Auslandsmarkt, wie auch im Export auf gleicher Höhe, wie im vorjährigen Jänner. Neue Exporterlöse laufen allerdings parallel ein, hauptsächlich infolge der Unfähigkeit hinsichtlich der Steuerbefreiungen für 1938.

Die Gesamtmenge und die Beschäftigung in der Textilindustrie haben sich im verflochtenen Monat weiter verschlechtert. Auf dem Auslandsmarkt ist das Käuferinteresse flau, der Absatz stagniert und Abschlüsse können größtenteils nur bei Verkaufspreisen erzielt werden. Auch im Export wird keine Besserung gemeldet. Die Erzeugung wird infolgedessen reduziert oder zum Teil auch eingestellt. Die Aussichten für die nächsten Monate können nicht günstig beurteilt werden.

Zur Holzindustrie wird u. a. festgestellt, daß trotz des Saisonrückganges in der Holzverarbeitung noch immer ein erheblicher Zuwachs im Vergleich mit dem Jänner 1937 bei beiden Holzarten resultierte. Gegen 1929 ist die Förderung bei Steinkohle um 6,4 Prozent größer, bei Braunkohle aber um fast 20 Prozent kleiner. In der Erzeugung von Steinkohlenteer konnte im Jänner ebenfalls ein möglicher Erzeugungsrückgang im Vergleich mit dem Dezember festgestellt werden, trotzdem waren die Produktionsmengen jedoch noch um 27,9 Prozent höher als im Jänner 1937 und um 12,9 Prozent höher als im Jänner 1929. Die Zahl der Beschäftigten ist unmerklich zurückgegangen.

In der Eisenindustrie war im Jänner dieses Jahres ein ziemlich bedeutender Auftrieb im Erzeugungsgang für Walzwaren festzustellen. In der Eisen- und Stahlproduktion war die bereits bekanntgegebene schwächere Entwicklung festzustellen, in den Drahtziehereien hat sich der Beschäftigungslauf und in den Röhrenwalzwerken die Beschäftigung infolge schwächerer Exportaufträge verringert. Der Absatz von Emailwaren war infolge der großen Lager des Zwischenhandels ebenfalls schwächer. Im allgemeinen Maschinenaufbau und in der elektrotechnischen Industrie ist die Lage vorläufig unverändert.

Im Baugewerbe herrschte im Jänner bis auf geringe Ausnahmen Saisonruhe. In 88 größeren Städten der Republik überschritten die erteilten Baubewilligungen die Vorjahresziffern um 10,2 Prozent und auch die Natur der bewilligten Neubauten war um 14,6 Prozent höher. Die Baumaterialienindustrien treffen Vorbereitungen für die neue Bauzeit, die Prognosen lauten ziemlich günstig.

In der Lederindustrie hat sich die Gesamtmenge noch einer vorübergehenden Besserung hauptsächlich infolge der bedeutenden Preidumfahrungen verschlechtert. Im Gegensatz dazu hält die gute Beschäftigung in der Schuhindustrie weiter an und der Beschäftigungslauf ist sowohl aus dem Inland, wie aus dem Ausland gut. In der Handschuhindustrie war das Inlandgeschäft schwächer, als im Vorjahre und auch der Export zeigte keine befriedigende Entwicklung, vor allem infolge der bedeutenden Vorräte auf dem englischen Markt.

## Noch immer hohe Arbeitslosigkeit der Angestellten

Die Arbeitsmarktlage im Privatangestelltenverufe läßt erkennen, daß die Arbeitslosenzahl noch immer empfindlich hoch ist, was die Heber-licht des Allgemeinen Angestelltenverbandes, Reichsberg, über die Zahl seiner Unterstützungs-empfangen bestätigt. Im Jahre 1936 kamen in 5810 Fällen K<sup>ö</sup> 5.813.665.—, 1937 aber noch in 4588 Fällen K<sup>ö</sup> 4.455.923.— Stellenlosen-

## Ausweis für den Monat Feber

(Die erste Zahl bedeutet Parteifonds, die eingeklammerte Wahlfonds):  
 Bodenbad: K<sup>ö</sup> 7100.— (1600.—), Fein: K<sup>ö</sup> 2400.— (600.—), Karlsbad: K<sup>ö</sup> 7332.— (1000.—), Landstreu: K<sup>ö</sup> 400.— (100.—), Pilsen-Subweic: K<sup>ö</sup> 1840.— (400.—), Braun: K<sup>ö</sup> 814.— (200.—), Pilsen: K<sup>ö</sup> 40.— (10.—), Sternberg: K<sup>ö</sup> 1410.— (300.—), Teplic: K<sup>ö</sup> 2000.— (500.—), Trautenau: K<sup>ö</sup> 1480.— (370.—), Znojmo: K<sup>ö</sup> 2000.— (500.—).

unterstützung mit Staatszuschuß zur Auszahlung. An Krisen- und außerordentlicher Verbandunterstützung wurden 1936 in 1792 Fällen K<sup>ö</sup> 812.170.—, 1937 in 1436 Fällen noch immer K<sup>ö</sup> 606.804.— verausgabt. Bei näherer Betrachtung des rund 22prozentigen Rückganges ergibt sich die bemerkenswerte Tatsache, daß die Berufsgruppen der Techniker und Betriebsangestellten viel besser als die kaufmännischen Büro- und Handelsangestellten abschnitten, bei denen durch die stetig fortschreitende Rationalisierung des Bürobetriebes und die Umschichtung im Warenverlauf die Arbeitslosigkeit unvermindert hoch ist, ja eher anwächst als abnimmt und vor allem die älteren Angestellten trifft.

Neben dieser weitgehenden Kürzungen für die Krisenopfer wurden an alle und berufsunfähige Mitglieder, Witwen und Waisen im Jahre 1937 K<sup>ö</sup> 249.093.—, an in Rot Geratene 204.105 K<sup>ö</sup>, für Heiratsausstattungen an weibliche Mitglieder K<sup>ö</sup> 10.320.—, in Ablebensfällen an die Hinterbliebenen K<sup>ö</sup> 340.212.— zur Auszahlung gebracht.

Mit der Ausgabe von K<sup>ö</sup> 5.956.458.— Gesamtunterstützung ist der AAV allen anderen Angestelltenverbänden auf dem Gebiete der Leistungen weit voraus: er hat durch seine Finanzgebarung auch für die zukünftige Organisationsarbeit gesicherte Grundlagen geschaffen, die bei der andauernd hohen Arbeitslosigkeit im Angestelltenberufe unerlässlich sind.

## Auch im Rumburg-Warnsdorfer Gau: Union stärkster Textilarbeiterverband

Die Warnsdorfer „Vollstimme“ berichtet: Innerhalb der Gerichtsbezirke Rumburg, Warnsdorf, Schludena, Hainzspach, Jivkau, Böhm.-Mannich und Böhm.-Leipa, welche das

## Die Arbeitszeit in der Flaschen- und Tafelglaserzeugung

Genfer Abkommen ratifiziert — Gesetzesvorlage des Fürsorgeministeriums

Die Regierung genehmigte die Anträge des Ministeriums für soziale Fürsorge, betreffend die Ratifizierung zweier internationaler Abkommen, welche in den Jahren 1934 und 1935 von der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf angenommen wurden, und zwar über die Arbeitszeit in den Glashütten zur automatischen Erzeugung von Tafelglas und über die Arbeitszeit in den Glashütten für die Flaschenproduktion. Das Wesen beider Abkommen ist:

Personen, auf welche sich das Abkommen bezieht, müssen mindestens in vier Schichten beschäftigt werden; die Arbeitszeit darf im Durchschnitt 42 Stunden pro Woche nicht über-

Gaugebiet umfasst, bestehen in 26 Textilbetrie- ben Betriebsauschüsse mit insgesamt 144 Mandaten. Es besitzen hievon:

Union der Textilarbeiter . . . . .	59 Mandate
Christl. Textilarbeiter . . . . .	28 „
Deutsche Arbeitergewerksch. (DAG) . . . . .	22 „
Industrieverband (Komm.) . . . . .	20 „
Deutsche Arbeitnehmergewerkschaft (DARG) . . . . .	12 „
Angestellte (Minderheitsmandate) . . . . .	5 „

Diese Darstellung zeigt, daß auch in unserem Gebiete die Union der Textilarbeiter weit voran an der Spitze aller Gewerkschaften steht. Was ist nicht alles, insbesondere im Verlaufe der letzten Jahre, versucht worden, um die Union der Textilarbeiter aus ihrer überlegen Stellung als größte und stärkste Textilarbeiterorganisation zu verdrängen! Die Textilarbeiter unseres Gauesgebietes, eines Gebietes, das seit jeher in gewerkschaftlicher und politischer Hinsicht als ein heiß umstrittener Kampfesboden bekannt ist, haben auch den mit Hilfe der heil- treuen Angestellten und Fabrikanten gegen die Union der Textilarbeiter geführten Kampf aufgenommen und erfolgreich bestanden. Die Ergebnisse der W.-A.-Wahlen der letzten Jahre haben klar erwiesen, daß der Einbruch des Hei- lein-Raschismus und der mit ihm verbündeten „völkischen“ Gewerkschaftsbewegung in die Reihen der Textilarbeiter nicht im entferntesten zu vergleichen ist mit dem Wahlergebnis des Jah- res 1935. Das ist für die Klassenbewußte Arbei- terschaft sehr erfreulich und zeigt dafür, daß die große Mehrheit der Textilarbeiter zu unsere r Organisation als Vertreterin ihrer lohnpoliti- schen und sozialen Interessen volles Vertrauen besitzt. Wie in der Vergangenheit, so werden auch alle Versuche unserer Gegner, in der Zu- kunft selbst mit den häßlichsten Mitteln gegen unsere Organisation und deren Funktionäre Sturm zu laufen, letzten Endes an der klaren Einsicht, Vernunft und Überzeugung unserer Textilarbeiterschaft scheitern.

## Die Entschädigung der Lungenverstaubung der Joachimsthaler Bergarbeiter

Von Dr. Egon Schwebel

Am 1. März 1938 ist in der Gesetzesammlung die Regierungsverordnung vom 25. Feber 1938, Zg. 36, über die Entschädigung einiger Berufskrankheiten erschienen. Es geht hierbei um folgendes:

Nach § 2 des Gesetzes über die Entschädigung der Berufskrankheiten sind als Berufskrankheiten die in der Beilage dieses Gesetzes aufgeführten Krank- heiten anzusehen, sofern sie durch Ausübung der Be- schäftigung in einer verordneten Unternehmung jener Art hervorgerufen worden sind, die in der Beilage zum Gesetze (Verzeichnis der Krankheiten) neben der betreffenden Berufsart angeführt ist.

Als Beilage ist dem Gesetze nun ein Verzeichnis von 25 Krankheiten beigefügt worden. Dies- ses ursprüngliche, am 1. Juli 1932 in Kraft getre- tene Verzeichnis enthält als Berufskrankheit, die bei den Arbeitern der Uranerzgruben und Fabriken zur Erzeugung von Uranerz, Radium und Radiumprä- paraten (s. B. St. Joachimsthal) entsteht, die bei- den Arbeiter an Lungenkrebs, verur- sacht durch Radiumstrahlen und Radiumemanation.

Dagegen wurde die Lungenentzün- dung nach der Beilage zum Berufskrankheitsgesetze 1932 nur dann als Berufskrankheit anerkannt, wenn es sich um schwere Fälle von Verstaubung der Lunge durch Quarz- oder Eisenstaub handelt und diese Lun- genverstaubung in Unternehmungen erworben wor- den ist.

- a) in denen Sandstein gewonnen, bearbeitet oder verarbeitet wird,
- b) in denen Porzellan erzeugt wird,
- c) in Metallschleifereien,
- d) in Bergwerken, in denen in der Regel in hartem Quarzgestein gearbeitet wird.

Die Lungenverstaubung der Joachimsthaler Bergarbeiter war bisher als Berufskrankheit nicht anerkannt.

§ 7 des Berufskrankheitsgesetzes von 1932 be- stimmt nun, daß im Bedarfsfälle das in der Beilage zu dem Gesetze angeführte Verzeichnis der Berufs- krankheiten durch Regierungserord- nung ergänzt und abgeändert wer- den kann. Von dieser Ermächtigung hat die Re- gierung nunmehr Gebrauch gemacht und das Ver- zeichnis der Berufskrankheiten dahin ergänzt, daß die Arbeiter in Uranerzgruben und Fabriken zur Er- zeugung von Uranerz, Radium und Radiumprä- paraten (s. B. St. Joachimsthal), auch gegen Lun- genentzündung versichert sind.

Kunnehr gilt als Berufskrankheit auch die Er- krankung an Lungenverstaubung, sei es allein für

sich oder in Verbindung mit Tuberkulose oder Lun- genentzündung, sofern die Erwerbsfähigkeit (Arbeits- fähigkeit) um mehr als zehn Prozent vermindert ist.

Im Gegensatz zu der Lungenverstaubung in Sandstein-, Porzellan-, Metall- und Quarzbetrieben ist es in Joachimsthal zum Ansprache auf die Ver- sicherungsleistungen nunmehr nicht erforderlich, daß es sich um einen schweren Fall von Lungenver- staubung handelt, es genügt auch ein leichterer Fall von Lungenverstaubung, wenn er entweder allein oder in Verbindung mit einer Tuberkulose oder Lun- genentzündung eine Erwerbsminderung von mehr als zehn Prozent hervorruft.

Die neue Regierungsverordnung stellt also einen wesentlichen sozialpolitischen Fortschritt und einen wichtigen Erfolg der Joachimsthaler Bergarbeiter dar.

Allerdings muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Handhabung der neuen Vorschrift in der Ubergangszeit Schwierigkeiten machen wird.

Nach § 2 der neuen Verordnung tritt sie am Tage der Kundmachung, das ist am 1. März 1938, in Kraft. Die Träger der Unfallversicherung wer- den daher den Standpunkt vertreten, daß die Vor- teile der neuen Vorschrift solchen Arbeitern nicht zu- gute kommen, deren Lungenverstaubung vor dem 1. März 1938 eingetreten ist.

Demgegenüber werden die in Betracht kommen- den Arbeiter den Standpunkt zu vertreten haben, daß die Erkrankung in jener Qualifikation, die die Ver-

## Pariser Senat sabotiert den Arbeits-Code

Paris. Die Verhandlungen über das definitive Abkommen zwischen Kammer und Senat in der Frage der Arbeitsgesetzgebung sind außerordentlich schwierig. Der Senat hat den Gesetzentwurf über das Ar- bitrage- und Schiedsverfahren in vierter Lesung an- genommen, nahm jedoch neue Änderungen an der Fassung der Kammer vor. Der Senat hielt damit an den früheren Beschlüssen fest, so daß die Vorlage neuerlich an die Kammer zur jetzt bereits fünften Lesung zurückging. Chauvempy appellierte an den Senat, dieser Prozedur des ständigen Hin- und Her- sendens ein Ende zu machen. Der Ministerpräsident stellte sich auf den Standpunkt, daß eine Preisstü- bung der lebensnotwendigen Bedarfsartikel zwangs- läufig eine Erhöhung der Arbeitslöhne zur Folge haben müsse. Der Senat blieb aber praktisch bei

## „Der Kampf“

Sozialistische Revue

Heft 3, März 1938, hat folgenden

Inhalt:

- Robert Wiener: Gefährliche Falschung.
- Adolf Sturmthal (London): England und der Ferne Osten.
- J. Falkenberg: Italiens Finanzkrise.
- Oba Oberg (Buenos-Aires): Voraussicht in der Politik.
- Adolf Schmidt: Spanischer Bürgerkrieg und Agrarfrage.
- Joachim Werner: Faschismus oder Humanität.
- Politische Bemerkungen: Die neuen Ober- kommandanten. — Französische Diplomatie. — Butenko. — Nur das richtige Verständnis. — Zur Frage der Gewerkschaftsvereinigung.
- Aus dem geistigen Leben: Ernst Mach. — Ludwig Luidde. — Aus tschechischen Zeitschriften. Sühermann.

Preis des Heftes 5 K<sup>ö</sup>, Jahresbezugspreis 50 K<sup>ö</sup>. Redaktion und Verwaltung: Prag II., Lähova 37.

ordnung Nr. 36/38 statuiert, erst nach dem 1. März 1938 gegeben war.

Nach der Judikatur des Versicherungsoberge- richtes zu den bisher anerkannten Fällen der Lun- genverstaubung ist es nämlich so, daß nicht jener Zeitpunkt maßgebend ist, in welchem irgendeine Ver- staubung vorhanden war, sondern daß als Beginn der Krankheit, mit den verschiedenen, nach dem Ge- setze sich daraus ergebenden Rechtsfolgen erst jener Zeitpunkt angesehen wird, in dem die Lungenver- staubung die gesetzliche Qualifikation (bisher schwere Lungenverstaubung sogenannte Stillese dritten Gra- des) hatte.

Bei den Joachimsthaler Arbeitern wird, soweit dies die Sachlage des einzelnen Falles zuläßt, die Auffassung zu vertreten sein, daß eine allfällige Lungenverstaubung, die schon vor dem 1. März 1938 bestanden hat, erst nach dem 1. März 1938 die Qualifikation der Postzahl 14b im Wortlaute der neuen Verordnung, nämlich eine durch sie herbeige- rufene Erwerbsminderung von mehr als zehn Prozent erlangt hat.

## Novelle zum Berufskrankheiten- Gesetz vorgelegt

Dem Abgeordnetenhaus der Nationalver- sammlung wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt, durch welchen einige Bestimmungen des Gesetzes über die Entschädigung für Berufskrankheiten ge- ändert werden. Der Entwurf verfolgt den Zweck, auch solche Berufskrankheiten in die entschädi- gungspflichtigen Fälle einzureihen, welche vor dem Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes entstan- den sind, während dies bisher nur fakultativ in berücksichtigungswürdigen Fällen geschah. Da- durch sollen die gegen Berufskrankheit Versiche- ten eines weiteren Schutzes teilhaftig werden.

Reformmaßnahme der Glasindustrie an der Prager Messe. Die Glasindustrie, welche schon seit jeher den Grundriss der Prager Messe bil- det, wird sich an der kommenden Veranstaltung im Reformausmaße beteiligen. Die im zweiten Stock- werke des Messesalons vorbehaltene Fläche ge- nügt nicht mehr, so daß diese Messegruppe teil- weise auch im dritten, ersten und vierten Stock- werke untergebracht werden mußte. Gegen das Frühjahr 1937 ist etwa eine zwanzigprozentige Ausstellerrücknahme zu verzeichnen; zahlreiche Glasfirmen nehmen auch in den Kollektivexpo- sitionen der ausstellenden Ausstellungen teil. Warenmäßig erstreckt sich das Angebot auf alle Warenarten.

## Man erhält für K<sup>ö</sup>

100 Reichsmark . . . . .	585.—
Marktlinsen . . . . .	697.50
100 österreichische Schilling . . . . .	528.50
100 rumänische Lei . . . . .	16.10
100 polnische Loty . . . . .	528.50
100 ungarische Pengö . . . . .	568.50
100 Schweizer Franken . . . . .	662.—
100 französische Francs . . . . .	92.95
1 englischer Pfund . . . . .	142.62
1 amerikanischer Dollar . . . . .	28.70
100 italienische Lire . . . . .	130.40
100 holländische Gulden . . . . .	1589.—
100 jugoslawische Dinare . . . . .	64.05
100 Belgas . . . . .	482.—

seiner Haltung, insbesondere in der Frage des Ar- bitrageverfahrens in der Landwirtschaft, die er ab- lehnt, während die Kammer sich für sie entschieden hat. Die Kammer hatte in der vierten Lesung den Entwurf mit 408 gegen 190 Stimmen angenommen, und zwar mit den Änderungen, die der Kammer- ausschuss vorgeschlagen hatte und über die bereits berichtet wurde. Von den Anträgen des Kammer- ausschusses wich das Plenum aber in einem Punkt ab: Die tabulare Kammerfraktion schloß sich nämlich in der Frage der Budgetsicht durch die Schiedsrichter der Senatsaufstellung an und behielt dem Senats- text zu einer Mehrheit von 320 gegen 267 Stim- men der Sozialisten und Kommunisten.

